

Konkretisierungen in der Wirtschaft: Corporate Political Responsibility

Demokratie als betriebspolitisches Projekt¹

1. Einleitung

Rechtspopulismus und menschenfeindlicher Autoritarismus haben sich in Gesellschaft und staatlichen Institutionen festgesetzt. Der massive Zugewinn der AfD bei der Bundestagswahl 2025 und ihre Positionierung als zweitstärkste Kraft im bundesdeutschen Parteienspektrum sind ein nicht zu übersehender Beleg dafür. So stieg der Stimmenanteil der AfD bei der Bundestagswahlen 2025 und 2021 von 10,3 auf 20,8 Prozent (vgl. die Bundeswahlleiterin 2025). Mit dem dominierenden Wahlkampfthema Migration wurde der parteipolitischen Rechten gerade jenes Spielfeld eröffnet, auf dem sie mit ihrer fremdenfeindlichen Rhetorik über Zuwanderung und innere Sicherheit bei vielen AfD-Wählende punkten konnte.

Doch damit nicht genug: Der Resonanzraum rechter Erzählungen reichte und reicht bis in die gesellschaftliche Mitte hinein. Bei Wahlen geben sich nur die zu erkennen, die an der Wahlurne bereits Schlussfolgerungen aus ihrer Gesinnung gezogen haben. Schwerer abzuschätzen ist der Anteil derjenigen, die ihre reaktionären Weltdeutungen noch in Reserve halten, gleichwohl aktivierbar sind. Und schließlich: Rechtsradikale bis faschistoide Deutungsmuster sind auch in Organisationen und Bewegungen präsent, die sich in ihrem Selbstverständnis geradezu auf der gegenüberliegenden Seite des politischen Spektrums verorten. Auch die Gewerkschaften sind betroffen. Rechte Einstellungen und Wahlvoten finden sich auch unter organisierten Beschäftigten. In diese Richtung weist auch die Zustimmung von Gewerkschaftern zur AfD bei der jüngsten Bundestagswahl. Zwar schießen einige Kommentatoren über das Ziel hinaus, wenn sie forsch aus dem überproportionalen Anteil der AfD Wähler*innen unter Arbeitern auf eine überproportionale AfD-Orientierung von Gewerkschaftsmitgliedern schließen. Die Sozialstruktur der Gewerkschaften weist längst neben Arbeiter*innen auch Menschen aus den unteren und mittleren Mittelschichten auf, und insgesamt wählen Gewerkschaftsmitglieder (aus DGB-Gewerkschaften, Beamtenbund, Deutsche Polizeigewerkschaft usw.) mit Blick auf die AfD ähnlich wie der gesellschaftliche Durchschnitt (vgl. Neu/Pokorny 2025: 29).

Doch zur Entwarnung gibt es keinen Grund. Befunde einer Studie des gewerkschaftsnahen Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts (WSI) der Hans-Böckler-Stiftung (HBS) vom November 2023 zu Einstellungen von AfD-wählenden Erwerbspersonen gewähren einen tieferen Einblick (vgl. Hövermann 2023): Schlechtere Arbeitsbedingungen, fehlende Anerkennung, ein geringes Vertrauen

1 Der Beitrag greift Gedanken aus Urban 2024b auf, um sie zu aktualisieren und weiterzudenken.

in Institutionen sowie ein im Vergleich zu Wähler*innen anderer Parteien subjektiv hoch empfundenes Sorgen- und Belastungslevel zeichnen sie aus. Die Studie ist jedoch kein Beleg für eine isolierte oder gar entschuldigende ›Soziale-Sorgen-Erklärung. Viele der Befragten zeigten fremdenfeindliche Positionen. Es kann also aus demokratiepolitischer Perspektive nicht um Rechtfertigung, sondern es muss um Ansatzpunkte einer Gegenstrategie gehen.

2. Poly-Krise als gesellschaftlicher Kontext

Die Analyse der Rahmenbedingungen einer demokratiestabilisierenden Politik greift ohne Blick auf die Spezifik der gegenwärtigen Epoche zu kurz. Der globale Kapitalismus befindet sich in einer krisenhaften Umbruchperiode. Die Stichworte sind bekannt: Machtpolitische Friktionen und Krieg im globalen System, Corona-Krise, reißende Liefer- und Wertschöpfungsketten und vieles mehr. Der Sozialhistoriker Adam Tooze hat diese Konstellation als Poly-Krise auf den Begriff gebracht (vgl. Tooze 2022).

Bei dieser Poly-Krise handelt es sich nicht um eine ›normale‹ konjunkturelle oder strukturelle Krise des Kapitalismus. Es handelt sich um eine ›fundamentale‹ Krise. Das Wachstum in der Prosperitätsperiode des nördlichen Kapitalismus beruhte auf fossilen Energieträgern. Doch dieses fossile Wachstum stößt vor allem aus ökologischen Gründen an seine Grenzen. Sein CO₂-Ausstoß überfordert die Natur. Daher die Dringlichkeit der De-Karbonisierung der kapitalistischen Produktions- und Lebensweise. Es geht um die Erneuerung des energetischen Fundaments durch regenerative Energien. Das Ende des fossilen Entwicklungsmodells und der friktionsreiche Übergang in ein neues Modell stehen im Zentrum der Poly-Krise. Doch die erforderliche Transformation muss sich in einem Kontext vollziehen, den Tooze zu Recht als Geflecht wechselseitiger Abhängigkeiten beschreibt (vgl. ebd.). Konkreter: Die Dekarbonisierung der Produktions- und Lebensweise muss vor allem in den Stätten der Produktion, in den Betrieben, stattfinden. Dort ist sie mit der Zuspitzung der sozialen Risiken für die abhängig Arbeitenden verbunden. Beschäftigung, Einkommen und berufliche Perspektiven geraten unter Druck. Damit gerät auch der erarbeitete soziale Status in Gefahr. Wo Beschäftigung, materielle Rechte und Sozialstatus unter Beschuss stehen, wachsen Abstiegsängste, Wut und Vorbehalte gegenüber dem politischen System, das für die Zumutungen verantwortlich gemacht wird. In einem Klima aus Angst, Wut und Ablehnung von Demokratie und ihren Funktions-Eliten gedeihen Sündenbock-Erzählungen und autoritäre Politikangebote gut. Gesellschaftskritische Analysen, solidarische Krisenlösungen und demokratische Gegenwehr haben es hingegen schwer. Fortschritte bei der ökologischen Transformation erzeugen Rückschritte für die Demokratie. Das meint Interdependenz in der Poly-Krise. Diese wechselseitigen Abhängigkeiten prägen den Kontext der Politik gegen rechts. Das macht die Sache nicht einfacher. Bisher wirken die diversen Krisen-

dynamiken als Energiezufuhr für antidemokratische Kräfte (vgl. auch Mau et al. 2023).

3. Der Betrieb als Handlungsfeld

Dass der Kampf gegen rechts in allen Sphären der Gesellschaft stattfinden und alle gesellschaftlichen Gruppen adressieren muss, dürfte unstrittig sein. Doch je nach Ort unterscheiden sich die Kampfbedingungen. In den Institutionen, Bewegungen und Organisationen der Zivilgesellschaft gilt die grundgesetzlich geschützte Meinungs- und Redefreiheit. Anders die Bedingungen im kapitalistischen Betrieb.

Autoritäres Regieren im Betrieb

Im kapitalistischen Betrieb herrschen vordemokratische Verhältnisse. Das gilt vor allem für die Berechtigung der Belegschaften, die eigenen Dinge frei und direkt bestimmen zu können. Sie existiert nicht. Besitz-, Macht- und Anweisungsstrukturen gleichen eher einem institutionellen Absolutismus als einer modernen Demokratie. Die Freiheits- und Herrschaftsrechte, die Menschen außerhalb der kapitalistischen Arbeitswelt haben, sucht man im Betrieb vergebens. Hier herrscht nicht ›das Volk‹. Die Eigentümer der Produktionsmittel und die von ihnen beauftragten Manager und Vorstände haben das Sagen. Diese Strukturen wurden auch als autoritäre private Regierung charakterisiert. Mit Blick auf die Binnenstruktur US-amerikanischer Konzerne stellt Elizabeth Anderson in einem vielbeachteten Buch fest: »Es ist eine Form von *Regierung*, in der die Chefs die Arbeiter regieren. Die meisten Regierungen der Betriebe (...) sind Diktaturen, in denen Bosse auf eine Art und Weise regieren, die den Regierten im Großen und Ganzen keine Rechenschaft schuldet. Sie regieren die Arbeiter nicht bloß, sie *beherrschen* sie« (Anderson 2019: 29f., H. i. O.). Regieren ohne Rechenschaftspflicht und ohne Pflicht, die Regierten in die Entscheidungen einzubeziehen, mache die Arbeitgeber letztlich zu privaten »autoritäre[n] Herrscher[n]« (ebd.: 94).

Heute agieren vielfach nicht Einzelpersonen, sondern Vorstände oder Geschäftsführungen als Arbeitgeber. Doch das ändert nichts an den vordemokratischen Zuständen im Betrieb: »Strategische Entscheidungen über die Geschäftsmodelle von größeren Unternehmen werden ausschließlich von einer Oberschicht innerhalb der Herrschenden Klasse (...) und damit von einer winzigen gesellschaftlichen Minderheit verantwortet« (Dörre et al. 2024: 13). Alle anderen »sind von strategisch weitreichenden Entscheidungen ausgeschlossen« (ebd.). Und diese kleine Oberschicht dominiert nicht nur die Arbeitsbedingungen der Beschäftigten. Sie trifft auch die Entscheidungen über das Was, also die Gegenstände der Produktion. In einer Analyse von Betrieben der Automobilindustrie stellen Dörre et al. fest: »Eigentumsbasierte Entscheidungsmacht prägt nicht nur Ausbeutungs- und Herrschaftsbeziehungen, sie beeinflusst auch die stoffliche Beschaffenheit von

Produkten und Produktionsverfahren« (ebd.: 15). Und diese Entscheidungsmacht über Produkte, Produktionsverfahren sowie über die dazu notwendigen Investitionsentscheidungen und Marktstrategien ist mit Blick auf Dekarbonisierung und Transformation die Schlüsselressource.

Betriebliche und Unternehmensmitbestimmung und Modelle der Beteiligung am Arbeitsplatz wirken diesem Autoritarismus entgegen. Werden sie offensiv ausgelegt und konfliktbereit gelebt, bringt die Mitbestimmung ein Stück Anti-Autoritarismus in die Arbeitswelt. Hier haben die Gewerkschaften in Deutschland aus historischer Perspektive ansehnliches vorzuweisen, auch wenn die Tendenz zu Betrieben ohne Betriebsräte und Tarifbindung kaum zu übersehen ist. Historische Erfolge können auch für die Bedingungen des Verkaufs der Arbeitskraft (Einkommen, Kündigungsschutz usw.) und die Bedingungen der Verausgabung der Arbeitskraft (Arbeitsbedingungen, Arbeits- und Gesundheitsschutz usw.) festgestellt werden, auch wenn die Reallöhne und insbesondere die psychische Gesundheit der Beschäftigten zunehmend unter Druck geraten. Doch mit Blick auf eine echte Demokratisierung des kapitalistischen Betriebs sind die Erfolge eher gering. So haben die Belegschaften auch in mitbestimmten Betrieben nicht die Macht, die der Bevölkerung in einer direkten oder parlamentarischen Demokratie zukommt. Entscheidungen über das Was, Wie und Wofür der Produktion bleiben ihnen vorenthalten. Einen Artikel oder Paragraf: »Alle Betriebsmacht geht von der Belegschaft aus«, sucht man in der Betriebs- und Unternehmensverfassung vergeblich. Kein Demos, keine Demokratie. Das macht den Kampf gegen rechts nicht überflüssig, aber es legt eine Schlussfolgerung nahe: Im vordemokratischen Raum, um Demokratie zu kämpfen, muss mehr sein als Kampf gegen den menschenfeindlichen Autoritarismus der Rechten.

Das ist leichter gesagt als getan. Die Politische Ökonomie und die kritische Arbeitssoziologie haben eine strukturelle Tendenz zum Autoritären im kapitalistischen Betrieb herausgearbeitet. Die Anweisungs- und Gehorsamsbeziehungen im kapitalistischen Betrieb, die auch in krisenfreien Zeiten die Architektur der Aufbau- und Ablauforganisation bestimmen, sind strukturell autoritär und nicht demokratisch. Diese autoritäre Grundstruktur gehört gleichsam zur betrieblichen Normalität. Der Kapitalist sichert sich durch seine Dominanz über den Beschäftigten das Recht, dass die eingekaufte Arbeitskraft auch tatsächlich, und zwar nachhaltig und nicht nur sporadisch, in verausgabte Arbeit umgewandelt wird. Und dies zur Not auch unter Zuhilfenahme autoritärer Maßnahmen. Darauf rekurrierend hatte Karl Marx bemerkt, dass »die kapitalistische Leitung (...) der Form nach despotisch« ist (MEW 23: 351).

Kapitalismus als demokratiepolitisches Risiko

Es gehört daher zur historischen Kernaufgabe der Gewerkschaften, diesen Despotismus durch Mitbestimmung und Partizipation nachhaltig zu zivilisieren. Doch diese Zivilisierung bleibt fragil, denn sie steht im Spannungsverhältnis zum eigent-

lichen Zweck der Produktion. Im Betrieb stehen nicht der Kampf um mehr Einfluss der Belegschaften oder gegen autoritäre oder faschistische Einstellungen, sondern die möglichst maximale Verwertung des Kapitals im Zentrum des Geschehens. Dieser ökonomische Imperativ dominiert Zwänge, Regeln und Ziele derer, die die Führung des Betriebs innehaben. Auch die gesellschaftlichen und politischen Verhältnisse sollen so ausfallen, dass sie diesem Verwertungsimperativ dienlich sind. Ist das nicht der Fall, wird politischer Druck in diese Richtung erzeugt und werden so orientierte politische Kräfte unterstützt. Das hat in der Vergangenheit mitunter katastrophale Folgen gezeitigt. Um Rentabilität, Eigentumsverhältnisse und betriebliche Hierarchien auch in zugespitzten Krisen zu sichern oder um die politischen Rahmenbedingungen stärker auf die jeweils aktuellen Profitbedürfnisse auszurichten, haben sich Kapitaleigentümer*innen, Manager*innen oder Lobbyverbände nicht selten als Unterstützer*innen autoritärer Kräfte, mitunter gar als Steigbügelhalter des Faschismus, betätigt. Die Rolle der Wirtschaft bei der Machtübernahme des Hitler-Faschismus im Deutschland der 1930er Jahre mag als Beleg genügen. Die nicht unerhebliche Wahlkampfunterstützung von Wall Street, Silicon Valley und Carbon-Industrie für den erzreaktionären US-Präsident Donald Trump kann als aktuelles Beispiel für die demokratiepolitisch höchst unzuverlässige Haltung vieler Wirtschaftsführer gelten.

Dabei geht es gleichwohl nicht nur und nicht mal in erster Linie um persönliche Präferenzen, sondern um systemische Ursachen. Kapitalistisches Wirtschaften und demokratisches Regieren werden von unterschiedlichen Logiken angetrieben, die fast zwangsläufig in Konflikt geraten. Da sich die kapitalistische Wirtschaft aufgrund ihrer Funktionsweise immer wieder in kleine und große Krisen hineinmanövriert; und da sich vor allem die großen Krisen, die das System insgesamt gefährden können, in der Regel zu Krisen von Politik und politischer Regulation auswachsen, ist der Weg in die Krise der Demokratie sehr kurz. Wenn dann Wachstumsraten und Steuereinnahmen zurückgehen, die sozialen Gräben tiefer und die Klassenkonflikte härter werden; wenn die Politik sich immer erfolgloser an den wirtschaftlichen und sozialen Problemen abarbeitet; und wenn Kräfte an Zuspruch gewinnen, die Zukunftsängste von Menschen in gruppenbezogene Menschenverachtung umlenken und über autoritäre Politikstile Verteilungskonflikte und Proteste beenden wollen – spätestens dann ist die Demokratie in ernsthafter Gefahr. Und das kommt immer wieder vor, denn Krisen gehören zur kapitalistischen Natur. Kapitalismus und Demokratie stehen einander nicht zufällig, sondern aus systemischen Gründen gegnerisch gegenüber.²

2 Die sozialwissenschaftliche Literatur zum ›Spannungsverhältnis‹ von Kapitalismus und Demokratie ist kaum zu überblicken.

4. Demokratiepolitik in Betrieb und Wirtschaft

Parlamente, Gesellschaft und Betrieb sind also mit Blick auf die Bekämpfung demokratiefeindlicher Kräfte unterschiedliche Orte. Für die Gewerkschaften sind die vordemokratisch strukturierten Räume der Betriebe von besonderer Bedeutung. Um Missverständnissen vorzubeugen: Natürlich gibt es auch Unternehmer*innen und Unternehmensvorstände, die sich zu Demokratie und Vielfalt sowie gegen Fremdenfeindlichkeit und rechten Autoritarismus bekennen. Der hartnäckige Verweis auf vordemokratische Strukturen im kapitalistischen Betrieb zielt auf Strukturen, nicht auf Einzelpersonen. Er verteilt keine Moralurteile, sondern macht darauf aufmerksam, dass in den Betrieben Aktivitäten gegen rechts immer durch das Nadelöhr der Arbeitgebererlaubnis hindurch- und strukturelle Machthürden überwinden müssen. Ein Unterschied zur außerbetrieblichen Welt, der von Relevanz ist und der auch die Grenzen gemeinsamer Aktivitäten mit Unternehmensführungen sichtbar werden lässt. Zugleich legt er nahe, dass es mit der Abwehr rechter Umtriebe nicht getan ist, sondern dass eine Art demokratiepolitische Vorwärtsverteidigung auf die Tagesordnung zu setzen ist, die auch die autoritären Betriebsstrukturen demokratisiert.

Die besondere Zuständigkeit der Gewerkschaften liegt vor allem in den gesellschaftlichen Bereichen, die sich rund um die Arbeit gruppieren. Zu diesen gehören nicht nur die Betriebe. Die Gewerkschaften haben auch vor Wahlen ihre Stimme gegen sozial und politisch reaktionäre und für progressive Kräfte zu erheben. Die Zusammensetzung von Parlamenten und Regierungen ist für sie keineswegs bedeutungslos. Die dort beschlossenen Gesetze und Budgets prägen maßgeblich die Bedingungen gewerkschaftlicher Entwicklung und Politik. Aber ihre primäre Aufgabe, ihre politökonomische Kernfunktion im kapitalistischen Produktions- und Verwertungsprozess, besteht in der Verteidigung und Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen derjenigen Gesellschaftsmitglieder, die in Ermangelung von Eigentum, Vermögen oder Privilegien vom Verkauf ihrer Arbeitskraft leben. Den Preis dieser Ware zu verteidigen und zu erhöhen, die Bedingungen ihrer Verausgabung zu humanisieren und zu demokratisieren, die Warenbesitzer*innen auch in der arbeitsfreien Zeit (bei Arbeitslosigkeit, im Alter, bei Krankheit usw.) durch soziale Rechte zu schützen und ihnen ohne soziale Hürden öffentliche Güter im Bereich von Gesundheit, Pflege, Erziehung, Mobilität und Kultur zugänglich zu machen und zu halten – das gehört zu den Kernaufgaben von Gewerkschaften in kapitalistischen Gesellschaften.

Fragt man nach den allgemeinen und besonderen Aufgaben der Gewerkschaften im Kampf gegen rechts, so ließe sich formulieren: Die Gewerkschaften haben als Organisationen der Demokratie eine allgemeine Zuständigkeit für die Stabilisierung und den Ausbau demokratischer Verhältnisse. Besonders gefordert sind sie in den Feldern ihrer primären Zuständigkeit. Dort gilt es, allen sozialen, politischen oder ideologischen Entwicklungen entgegenzutreten, die AfD und anderen antidemokratischen Kräften Vorschub leisten könnten. Konkrete Gegenwehr

gegen akute rechte Agitation ist notwendig. Wo rechte Aktivitäten auftreten gilt es, zu widersprechen, aufzuklären und andere Lösungen aufzuzeigen. Das ist der Dreiklang demokratischer Gegenwehr. Aber das reicht nicht. Besser scheint eine Politik der sozialen Prävention zu sein. Soziale Absturz- und Abstiegsängste sind oftmals die Grundlage für antihumanistische und demokratiefeindliche Wut, wobei sich Absturz und Abstieg vor allem im Ausmaß der Verluste sozialer Besitzstände unterscheiden. Diese Ängste sind vor allem für abhängig Arbeitende in kapitalistischen Ökonomien durchaus begründet. In Zeiten marktdominierter Transformationen allzumal. Deshalb muss Präventionspolitik gegen rechts immer auch Politik gegen den sozialen Absturz durch Arbeitslosigkeit, Erwerbsunfähigkeit usw. und gegen sozialen Abstieg durch Dequalifizierung, Einkommensverluste usw. sein. Absturz- und Abstiegsängste leiten Wasser auf die Mühlen der Rechten, ihnen vorzubeugen heißt, den Rechten das Wasser abzugraben.

Transformative Industriepolitik

In der gegenwärtigen Transformation ist die Prävention von Absturz- und Abstiegsängsten so wichtig wie schwierig. Drohende Beschäftigungs-, Einkommens- und Statusverluste sind allgegenwärtig, in der Realität wie im Bewusstsein der Bedrohten. Sie verbinden sich mit Zweifeln am Erfolg der industriellen Dekarbonisierung und der Verlässlichkeit der herrschenden Politik. Mehr noch, das Empfinden, dass eigene soziale Interessen weder in den Managementstrategien noch in den herrschenden Politiken außerhalb der Betriebe eine faire Berücksichtigung finden, lässt Skepsis mitunter in aggressive Anti-Haltung gegen die Transformation und ihre Protagonisten umschlagen. Hier entstehen Andockpunkte für den rechten Betriebsaktivismus. »Auflehnung gegen Klimapolitiken, die ökologische Nachhaltigkeit unter Ausblendung sozialer Gerechtigkeit praktizieren, ist ein Einfallstor für das scheinrebellische ›Weiter so‹ der radikalen Rechten« (Dörre et al. 2024: 37).

Deshalb sind die umfassenden Aktivitäten der Gewerkschaften im politischen Raum so wichtig. Der Kampf gegen die in Deutschland immer noch lebendige Austeritäts-Politik, die durch Schuldenbremsen und ähnliches die finanziellen Ressourcen für eine wirtschafts- und sozialpolitische Begleitung der Transformation künstlich verknappt, steht dabei zu Recht im Zentrum. Unverzichtbar sind finanzielle Ressourcen für die technologischen Umstellungen der Produktionsapparate und die Dekarbonisierung der Energieerzeugung, eine aktive Arbeitsmarkt- und Qualifizierungspolitik und die Universalisierung des Sozialschutzes (Stichwort: Erwerbstätigen- und Bürgerversicherungen).

Dazu ist eine grundlegende Reform, besser noch die Abschaffung der Schuldenbremse unverzichtbar. Auf etwa 600 Milliarden Euro über einen Zeitraum von zehn Jahren beziffert eine konservative Schätzung den öffentlichen Investitionsbedarf in der Infrastruktur und für die Transformation (vgl. Dullien et al. 2024). Aktuell könnte sich hierfür ein Gelegenheitsfenster öffnen. Der Koalitionsvertrag

von CDU, CSU und SPD verweist jedenfalls in diese Richtung. Das ist gut so. Doch Vorsicht: Zentral für die Akzeptanz der Mobilisierung öffentlicher Gelder für privatwirtschaftliche Anpassungen ist ein Mindestmaß an Klassen- und Verteilungssensibilität. Wenn Ressourcen aus dem öffentlichen Steueraufkommen, das sich zu großen Teilen aus Steuern auf Arbeits-, und mitunter auch auf Sozialeinkommen (Steuern auf gesetzliche Renten) speist, an privatkapitalistische Unternehmen fließen, landen diese schnell in Konzern-Profiten, Vorstands-Boni oder Aktionärs-Dividenden, ohne merkliche Beiträge zu einer gelingenden Transformation zu leisten. Eine ähnliche Fehlentwicklung ließe sich für kreditfinanzierte öffentliche Ausgaben mit Blick auf die Verteilung von Kosten und Nutzen zwischen den Generationen feststellen. Solche verteilungspolitischen Desaster können und müssen durch die sanktionsbewehrte Bindung öffentlicher Zuschüsse an produktive Investitionen und ökonomische, ökologische und soziale Kriterien vermieden werden. Standort- und Beschäftigungszusagen, mit Betriebs- und Aufsichtsräten vereinbarte Transformationsabkommen, soziale und ökologische Nachhaltigkeitsprüfungen und andere Maßnahmen können dies bewirken.

Maßnahmen dieser Art öffnen auch ein Zeitfenster für mehr Einflussnahme von Beschäftigten, betrieblichen Interessenvertretungen und Gewerkschaften auf die Investitionsentscheidungen der Unternehmen. Mitbestimmung bei der Entwicklung und Fixierung von Transformationsplänen in den Unternehmen ist notwendigerweise mit der Einflussnahme auf die Struktur der neuen Wertschöpfungsketten und die dafür notwendigen Investitionen verbunden. Damit dringt die Mitbestimmung in den Kernbereich privatkapitalistischer Eigentumsrechte vor. Und damit gewinnt die betriebliche Transformationspolitik an Demokratie, um die es ansonsten im Betrieb schlecht gestellt ist. In Summe, so könnte ein Zwischenfazit lauten, geht es um eingreifende Politik, die die Entwicklung in den Betrieben in Richtung sozialer und ökologischer Nachhaltigkeit und mehr Demokratie ausrichtet (vgl. Urban 2019: 183–235).

Expansive Demokratiepolitik im Betrieb

Eine solche Transformationsstrategie bewegt sich an der Schnittstelle von Wirtschaft-, Sozial- und Betriebspolitik. Dem Betrieb kommt als Raum der materiellen Transformation, aber auch als Ort der täglichen Begegnung besondere Bedeutung zu. Die Bewahrung und das tägliche Erlebbarmachen von politischer Teilhabe sowie die Organisation einer inklusiven, alle Beschäftigten einbeziehenden Solidarität sind Kern gewerkschaftlicher Arbeits- und Betriebspolitik. Dabei kann und sollte die integrative und solidaritätsstiftende Kraft gemeinsamer Arbeits- und Konflikterfahrungen aktiviert werden. Wer gemeinsam die Zumutungen immer höher werdender Arbeitsvorgaben bewältigt; wer gemeinsam Betriebsräte gründet oder gewerkschaftliche Vertrauensleutearbeit organisiert; und wer in betrieblichen oder tariflichen Konflikttrunden oder im Kampf um Arbeitsplätze und Standorte gemeinsam vor dem Betriebstor kämpft, der ist weniger anfällig gegen Spaltungs-

und Abwertungspolitiken von rechts (vgl. Urban 2018). So kann ›Solidarität als Gegenmachtresource‹ auch im betrieblichen ›Praxisfeld‹ gegen rechts wirken (vgl. Detje/Sauer 2023: 23).

Im Vorfeld von Vertrauenskörper-, Betriebs- oder Personalratswahlen ist jedoch oftmals Akut-Politik gegen rechts gefragt. Sie muss auf die Bekämpfung rechter Listen orientieren. Bisher sind rechte Gruppierungen bei Betriebsratswahlen nach wie vor eine Randerscheinung. Das kann als Erfolg gewerkschaftlicher Anstrengungen gewertet werden. Doch als Orte, an denen eben auch Ungerechtigkeit, Belastung und fehlende Anerkennung täglich erlebbar sind, können Betriebe zugleich als Katalysatoren für rechte Mobilisierung wirken. Sollen sie nicht zu Schattenreichen rechter Mobilisierungserfolge werden, ist eine demokratiepolitische Aktivierung in den Betrieben mindestens so wichtig wie an anderen Orten der Gesellschaft.

Gewerkschaftliche Betriebspolitik kann an vielen dieser Punkte ansetzen (vgl. Urban 2024a; 2024b). Eine solche muss die benannten Faktoren für rechte Affinität wie schlechte Arbeitsbedingungen, fehlende Anerkennung und hohe Belastung als Anknüpfungspunkte einer Politik gegen rechte Bewegung im Betrieb adressieren. Offensichtlich stärker und gezielter als bisher. Die Gefahr ist groß, dass die qualitativen Anforderungen an gute Arbeit, gesundheits- und persönlichkeitsfördernde Arbeitsbedingungen unter dem Druck der Transformation der Sicherung von Beschäftigung, Einkommen und zum Opfer fallen. Bei den Vorständen und Geschäftsführungen, aber auch bei Betriebsräten und Gewerkschaften. Doch der Kampf um gute Arbeit und Arbeitsbedingungen, die vorzeitigen Gesundheitsverschleiß verhindern und Kraft für die Einmischung in gesellschaftliche und politische Fragen übriglassen, hat eine humanisierungs-, aber auch eine demokratiepolitische Dimension. Eine Gesellschaft der körperlichen und psychischen Beeinträchtigungen verliert auch an Kraft im Kampf gegen rechts.

Dabei muss eine Politik gegen rechts dort ansetzen, wo die Ursachen von realer und empfundener Diskriminierung, Abwertung und Kränkungen liegen: an der Entmündigung der Beschäftigten durch die Hierarchie- und Herrschaftsverhältnisse im kapitalistischen Betrieb. Wenn Menschen im Arbeitsalltag durch autoritäre Anweisungsstrukturen oder subtile Formen der indirekten Steuerung entmündigt werden, dann blockiert das die Herausbildung demokratischer Verhaltensweisen und Gesinnungen. Und umgekehrt gilt: Wo individuelle Partizipation und kollektive Mitbestimmung Erfolge zeigen und betriebliches Engagement immer wieder Selbstwirksamkeitserfahrungen hervorbringt, wachsen Selbstwertgefühl und die Bereitschaft, sich durch Engagement um die eigenen Dinge zu kümmern. Studien über die Einstellungen von Beschäftigten weisen in diese Richtung: Wahrgenommene Partizipationsmöglichkeiten im Betrieb fördern die Zufriedenheit mit der Demokratie und verringern die Zustimmung zu rechtsextremen und menschenfeindlichen Aussagen (vgl. Kiess et al. 2023). Je positiver und erfolgreicher Partizipation und Engagement im Betrieb empfunden werden, desto geringer fällt die Neigung zur Abwertung anderer Menschengruppen oder zur

Hinwendung zu rechten Narrativen aus. Auch die Existenz von Betriebsräten ist negativ mit der Präferenz zu Parteien der extremen Rechten und positive mit der Präferenz zu sozialdemokratische und Parteien der Linken verbunden (vgl. Jirjahn/Thu Le 2023).

Das sind Zusammenhänge, die es durch offensive Demokratiepoltik innerhalb der Betriebe zu aktivieren gilt. Doch eine offensive Demokratiepoltik darf nicht beim Kampf gegen rechten Autoritarismus stehen bleiben. Sie muss den Schwung demokratischer Mobilisierung von Belegschaften auch gegen den alltäglichen Autoritarismus kapitalistischer Normalität in den Betrieben richten. Denn ohne demokratischere Verhältnisse in den Betrieben bleibt der Kampf gegen rechts fragil. Hier dürften die Grenzen gemeinsamer Aktivitäten mit den Unternehmensvorständen deutlich und andere Koalitionen notwendig werden. Die strategische Arbeit an solchen wirtschaftsdemokratischen Allianzen hat jedoch auch in den gewerkschaftlichen Transformationsdebatten noch nicht den Stellenwert, der ihr zukommen sollte. Daran wäre zu arbeiten.

5. Parteilichkeit für Demokratie

Die Welle an antirechten Kundgebungen, die sich rund um die Enthüllungen über ›Re-Migrationspläne‹ und menschenfeindliche Grenzregime entzündete, war zweifelsohne eine Ermutigung. Doch ob sie nachhaltig wirken wird, ist ungewiss. Auch, wem die damit einhergehende öffentliche Polarisierung nutzte, ist schwer vorherzusagen. Die massenhafte Bekundung von Werthaltungen für eine bunte und offene Zivilgesellschaft ist mehr als sympathisch. Dass die erhoffte moralische Infektion bis in die gesellschaftlichen Sektoren hineinreicht, in denen die Rechte so erfolgreich fischt, ist angesichts der jüngsten Wahlerfolge der AfD eher fraglich.

Linker Mut

Mittelfristig muss die Politik auf prekäre und ungerechte Lebenslagen mit Sicherheit und Anerkennung antworten. Vor allem geht es darum, auch bisher nicht erreichte soziale Gruppen in die Mobilisierung für sozialen Fortschritt in Betrieb und Gesellschaft zu integrieren. So kann dem Bedürfnis nach Gemeinschaft und Gruppenidentität auf demokratieverträgliche Art und Weise begegnet werden. Auch dies ist eine Aufgabe, die von betrieblichen Interessenvertretungen und ihren Gewerkschaften offensiv und vor allem mit eigenem Profil angegangen werden muss. Die AfD versucht permanent, die beeindruckenden zivilgesellschaftlichen Proteste als von der Regierung gesteuerte Marionettenproteste umzuetikettieren. Als Replik ist eine sachlich begründete und glaubwürdige Kritik der Regierungspolitik unverzichtbar. Es gilt, die berechtigte Wut vieler auf eine Politik, die sie schutzlos der gegenwärtigen Poly-Krise aussetzt, von einer rechten zu einer linken Wut zu verwandeln. Linke Wut bedeutet, sich nicht auf Sackgassen wie Rassis-

mus, Antisemitismus und faschistoide Narrative einzulassen. Linke Wut ermutigt dazu, glaubwürdig und konsequent für ein politisches Angebot zu streiten, das sozialen Fortschritt für die Vielen erlebbar macht und die Privilegien der Wenigen nicht schont. Es gilt, demokratieunverträgliche Wut in demokratieerweiternden Mut zu transformieren. Im Betrieb, in der Gesellschaft und in der Politik.

Demokratische Parteilichkeit

Langfristig führt für die gesellschaftliche und politische Linke kein Weg daran vorbei, das stets fragile Verhältnis von Kapitalismus und Demokratie auf die Agenda der öffentlichen Kontroversen zu setzen. Ein sozial-ökonomisches Entwicklungsmodell, das über die kapitalistische Marktkonkurrenz zwangsläufig und immer wieder ökonomische Verlierer*innen produziert; in dem sozialstaatliche Kompensationen stets umkämpft und gefährdet sind, und in dem gesellschaftliche Minderheiten dominieren, die über unkontrollierte Macht verfügen und – das lehrt die historische Erfahrung – in zugespitzten Systemkrisen dann doch im Autoritarismus die letzte Zuflucht sehen – ein solches Modell wird die Versuchung autoritärer Krisenüberwindungsstrategien nicht abschütteln können. Es geht um humane Werte und demokratische Moral. Aber es geht auch um ökonomische Interessen und politische Macht. Vor allem muss der innere Zusammenhang zwischen kapitalistischer und demokratischer Krise wieder in die Debatte geholt werden. »Wer aber vom Kapitalismus nicht reden will« (Horkheimer 1939: 115), um das häufig zitierte, aber nur selten wirklich ernst genommene Diktum Max Horkheimers aus dem Jahre 1939 erneut in Erinnerung zu rufen, »der sollte auch vom Faschismus schweigen« (ebd.). Und wenn Demokratie und Kapitalismus nicht friedlich koexistieren, gilt es, an der Seite der Demokratie zu stehen. Eine solche demokratiepolitische Parteilichkeit wird nur über die erwähnte demokratiepolitische Vorwärtsverteidigung erfolgreich sein. Der Kampf gegen vordemokratische kapitalistische Verhältnisse muss auch und vor allem dort geführt werden, wo die Architektur des Kapitalismus ihre tragende Säule hat: an den Orten der Kapitalverwertung, also in Betrieben und Wirtschaft. Die Demokratisierung von Betrieben und Wirtschaft allein kann die Realisierung einer besseren Gesellschaft nicht bewerkstelligen. Aber ohne sie wird die Demokratie stets unvollendet und fragil bleiben.

Literaturverzeichnis

- Anderson, E. (2019): Private Regierung. Wie Arbeitgeber über unser Leben herrschen (und warum wir nicht darüber reden), Berlin: Suhrkamp.
- Detje, R./Sauer, D. (2023): Solidarität in den Krisen der Arbeitswelt. Aktualität kollektiver Widerstandserfahrungen, Hamburg: VSA.
- Die Bundeswahlleiterin (2025): Bundestagswahl 2025: Endgültiges Ergebnis. Link: https://www.bundeswahlleiterin.de/info/presse/mitteilungen/bundestagswahl-2025/29_25_endgueltiges-ergebnis.html (zuletzt abgerufen am 12.03.2025).

- Dörre, K./Liebig, S./Lucht, K./Sittel, J. (2023): Klasse gegen Klima? Transformationskonflikte in der Autoindustrie, in: *Berliner Journal für Soziologie*, Jg. 34/H. 1, 9–46. Link <https://link.springer.com/article/10.1007/s11609-023-00514-z> (zuletzt abgerufen am 05.04.2025).
- Dullien, S./Iglesias, S./Hüther, M./Rietzler, K. (2024): Herausforderungen für die Schuldenbremse. Investitionsbedarfe in der Infrastruktur und für die Transformation (IMK Policy Brief Nr. 168 – Mai 2024), Düsseldorf: Hans-Böckler-Stiftung.
- Hövermann, A. (2023): Das Umfragehoch der AfD. Aktuelle Erkenntnisse über die AfD-Wahlbereitschaft aus dem WSI-Erwerbspersonenpanel (WSI-Report Nr. 92 – November 2023), Hans-Böckler-Stiftung.
- Horkheimer, M. (1939): Die Juden in Europa, in: *Zeitschrift für Sozialforschung*, Jg. 8/H. 1/2, 115–137.
- Jirjahn, U./Thu Le, T. (2023): Works Councils and Workers' Party Preferences in Germany. IZA Discussion Paper No. 15879, Januar 2023.
- Kiess, J./Wesser-Saalfrank, A./Bose, S./Schmidt, A./Brähler, E./Decker, O. (2023): Arbeitswelt und Demokratie in Ostdeutschland. Erlebte Handlungsfähigkeit im Betrieb und (anti)demokratische Einstellungen, OBS-Arbeitspapier 64, Frankfurt/Main: OBS.
- Marx, K. (1980): *Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie. Erster Band.* (MEW 23), Berlin: Berlin Dietz.
- Mau, S./Lux, T./Westheuser, L. (2023): *Triggerpunkte. Konsens und Konflikt in der Gegenwartsgesellschaft*, Berlin: Suhrkamp.
- Neu, V./Pokorný, S. (2025): Bundestagswahl in Deutschland am 23. Februar 2025. Endgültiges Ergebnis, Monitor Wahl- und Sozialforschung, Berlin: Konrad Adenauer Stiftung e. V. (zuletzt abgerufen am 23.03.2025).
- Tooze, A. (2022): Kawumm!, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 14.07.2022, Nr. 29.
- Urban, H.-J. (2018): Kampf um die Hegemonie: Gewerkschaften und die Neue Rechte, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, Jg. 63/H. 3, 103–122.
- Urban, H.-J. (2019): *Gute Arbeit in der Transformation. Über eingreifende Politik im digitalisierten Kapitalismus*, Hamburg: VSA.
- Urban, H.-J. (2024a): Gewerkschaften gegen rechts: Klare Kante und offene Tür, in: *LuXemburg. Februar Gewerkschaft gegen rechts: Klare Kante und offene Tür | Zeitschrift Luxemburg*. Link: <https://zeitschrift-luxemburg.de/> (zuletzt abgerufen am 22.03.2025).
- Urban, H.-J. (Hrsg.) (2024b): *Gute Arbeit gegen Rechts. Arbeitspolitik: Theorie, Praxis, Strategie*, Hamburg: VSA.